mit 5000 Leichen aus früheren Kämpfen, also meistens aus den Schlachten des vorigen Jahres, und zwar in der Hauptsache Engländer unbestattet aufgefunden und von uns nun endlich beerdigt.

Eine Rede Clemenceaus.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer, in der, wie schon berichtet, dem Ministerium Clemenceau das Vertrauen erteilt wurde, hielt Ministerpräsident Clemenceau eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Abfall Rußlands erlaubte den Deutschen, 200 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist furchtbar, aber der Heldenmut der Soldaten ist der Lage gewachsen. Unsere Soldaten kämpften einer gegen fünf. Clemenceau belobte dann die militärischen Führer, besonders Foch und Petain. Ich versichere, sagte Clemenceau weiter, Foch besitzt das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles beschloß außerdem, ihm öffentlich seine Anerkennung auszudrücken. Die Deutschen stürzten sich in Abenteuer (!!), wir weichen zurück, allerdings, aber werden niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik versucht, uns zu schrecken. Es wird ihr nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen sich, diejenigen der Deutschen übrigens auch. Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. (!!) Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so jagen Sie mich davon! Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Taten vollenden.

Moskau im Belagerungszustand.

Die englische Verschwörung.

Es ist in höchstem Maße auffallend, daß die Sowjetregierung sozusagen mitten im schönsten östlichen Frieden den Kriegszustand über die derzeitige Haupt- und Residenzstadt Moskau verhängen muß. Das ist nicht mehr geschehen seit den Tagen des Zaren, also nämlich Nikolaus II. Ende Oktober 1915 durch einen Ukas aus dem Hauptquartier Witebsk den verschärften Belagerungszustand über Moskau und den Moskauer Kreis verhängte. Offenbar hat sich die Wucherpflanze der englischen Propaganda im Innern des republikanischen Rußlands ausgedehnt. Sie droht, das ohnehin noch schwächliche Gefüge der Sowjetbehörden zu sprengen und die Gegenrevolution auf den Plan zu rufen. In gefährlichster Stunde hat die russische Regierung die Flucht in die Oeffentlichkeit angetreten und wie schon gestern von uns gemeldet, durch die Petersburger Telegraphen-Agentur die Aufdeckung einer Verschwörung melden lassen, „deren Leiter in London sitzen" und deren Ausbruch „mit dem Aufstand der tschecho-slowakischen Abteilungen in verschiedenen Städten in ursächlichem Zusammenhang stehe. Die Rädelsführer sind verhaftet, so heißt es, und die Bewegung unterdrückt. Aber warum wird nun doch der Belagerungszustand über Moskau verhängt? Ist die Entente im Innern Rußlands wieder so mächtig geworden? Das Gerücht, Deutschland habe sich die Sibirische Eisenbahn mit allen Anlagen und allem Material übergeben lassen, wird von der Sowjetregierung mit Recht als eine „blödsinnige Nachricht" bezeichnet. Was aber der frühere Bundesgenosse Rußlands, der Engländer, im Lande des angeblich aufgehobenen Privateigentums an sich reißt, davon schweigen die Notizen der Sowjetregierung. Wie gemeldet wird, ist z. B. einer der größten und reichsten russischen Bergwerkrayons, nämlich der gesamte Kreis von Nisht-Tagil im nördlichen Ural, einer britischen Aktiengesellschaft „verkauft" woran deren Spitze der britische Delegierte Lord Revelstoke steht. Der Reichtum des genannten Bezirks an Eisenerzen, Kupfer, Gold und Silber, Platina, Wäldereien u. a. m., der noch vor wenigen Jahren in Rußland auf nicht unter Hundert Mill. Rubel geschätzt wurde, ist an die Engländer um ganze 15 Millionen Rubel „verkauft" worden, wobei der Kaufpreis nicht einmal in bar erlegt, sondern von seiten der englischen Regierung nur „garantiert" werden soll. Der Ausverkauf Rußlands schreitet, wie man sieht, unaufhaltsam fort und es geschieht von Moskau aus nichts dagegen. Die Regierung der Volkskommissare besitzt gewiß ihre großen Vorzüge, aber endgültig zu retten, vermögen sie Rußland nicht. Sie haben das ihre geleistet, indem sie die großen Probleme zunächst einmal anpackten und ins Rollen brachten, aber das Genie, das dazu gehört, um Rußland wieder in Ordnung zu bringen, scheint ihnen versagt zu sein. Wie ein Stockholmer Gewährsmann noch schreibt, trifft die Entente Vorbereitungen, um an einem dem Einflusse der Mittelmächte entrückten Punkte in Rußland eine russische Sonderregierung zu errichten, die den Brest-Litowsker Frieden nicht anerkennt und den Krieg, wenn auch nur mehr oder weniger theoretisch, fortsetzt. Die Entente will diese Sonderregierung durch diplomatische und militärische Vertreter unterstützen. Der Besuch der französischen Mission Berthelot im Innern Rußlands stehe mit diesem Plan offenbar im Zusammenhang. Das sind ja recht erbauliche Dinge! Es ist an der Zeit, Herrn Joffe, den russischen Gesandten in Berlin, zu einer raschen Aufklärung über die Lage in seiner Heimat zu veranlassen.

Sibirien gegen die Sowjets.

Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen sibirischen Republik in Charbin ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Kabinettssitzung wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjetregierung im fernen Osten beraten. Admiral Koltschak wies darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da die neue Regierung auf Anregung Amerikas gebildet wurde. Ustrugow als Außenminister erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratstisch: von Payer, Wallraf, Friedberg.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung. Als Vorlage ist der Friedensvertrag mit Rumänien eingegangen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die

Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages.

Danach sollen diese statt bisher 3000 künftig 5000 M. erhalten und entsprechend bei Versäumnis anstatt 20 künftig 30 M. in Abzug gebracht werden.

Vizepräsident Dove empfiehlt die Bewilligung einer Aufwandsentschädigung für den ersten Präsidenten. Jetzt, wo der Posten unbesetzt ist, ist der geeignete Augenblick dazu. Es könne vorkommen, daß für den Posten geeignete Persönlichkeiten aus wirtschaftlichen Gründen das Amt nicht übernehmen können.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir wünschen nicht, daß der rein ehrenamtliche Charakter des Präsidentenpostens irgendwie beeinflußt wird. Auch zur Zeit der größten Sparsamkeit und persönlichen Einschränkung glauben wir nicht diesem Gedanken zustimmen zu können.

Staatssekretär Wallraf: Die Verbündeten Regierungen haben zu dieser Anregung noch nicht Stellung nehmen können, ich glaube aber doch hoffen zu dürfen, daß wir dem Grundgedanken beistimmen können. (Beifall.)

Die Vorlage wird in sofortiger zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die Aussprache über den

Belagerungszustand und die Zensur

fortgesetzt.

Abg. Gothein (f. V.): Es ist mißlich, jetzt, wo große Kämpfe sich abspielen, über diese Dinge zu reden. Es ist aber schlimmer als besser geworden. Die Zensur darf sich nur auf rein militärische Dinge erstrecken. In der U-Bootsfrage ist die Zensur weit über das Ziel hinausgeschossen. Der verschärfte Belagerungszustand in den nicht mehr bedrohten Festungen sollte baldigst aufgehoben werden. Die damit verbundenen höheren Strafen bei Vergehen sind nachgerade unerträglich. Die Zensur scheint lediglich dazu da zu sein, alle Verdächtigungen und Verleumdungen der Reichsregierung zuzulassen und andererseits die kräftige Abwehr zu unterdrücken. Man mißt da mit zweierlei Maß. Dann ist es schon besser, wenn die Zensur überhaupt beseitigt wird. Redner bringt sodann eine große Reihe von Einzelfällen in welchen die fortschrittliche Presse, namentlich auch die Herausgabe von Flugschriften und Broschüren eingeschränkt worden sei, während die Schriften der Vaterlandspartei unbehindert verbreitet werden konnten. Die Schaffung einer Beschwerdeinstanz war ein Schlag ins Wasser. Durch die verkehrten Anordnungen und Mißgriffe wird nur ein Mißton zwischen Reichstag und Kriegsministerium gebracht. Der Oberbefehlshaber hätte hier erscheinen sollen. Auf die bisherige Weise konnte nicht weitergearbeitet werden. Es müßte unter Mitwirkung aller Reichsämter eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden.

General von Wrisberg: Daß von den militärischen Stellen der Versammlungsfreiheit entgegengearbeitet wird, trifft nicht zu. Es haben im letzten Jahre 8011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 99. Davon entfallen auf die Vaterlandspartei 849 bezw. 14, auf die Gewerkschaften 2741 bezw. 19. (Hört, hört! rechts.) Ein Verbot, den „Vorwärts" auszulegen, besteht nicht; es kann nur ein fehlerhafter Befehl einer Unterstelle vorliegen. Auch von einem Verbot des „Vorwärts" für Rumänien ist keine Rede. Versammlungsreden werden nur untersagt, wenn es sich um notorische Hetzer handelt. (Zuruf links: Wer stellt das fest, Oldenburg-Januschau?) Gewerkschaftsversammlungen sind im allgemeinen nicht ohne genügenden Grund beschränkt worden. Versammlungsverbote sind nur erfolgt, soweit derartige Versammlungen generell untersagt werden mußten. Bei Ausständen muß mit aller Entschiedenheit eingegriffen werden. Andererseits ist die Regierung bereit, in normalen Zeiten alles zu tun, um die Versammlungsfreiheit zu fördern.

Abg. Gräfe (kons.): Das Interesse für die Zensurfrage ist in diesem Augenblick, wo im Westen das Gewaltigste sich vollzieht, nicht gerade groß. Die draußen haben kein Verständnis für solche Debatten (?) Es ist manches besser geworden. Wir werden nicht erlahmen, an weiteren Verbesserungen und Erleichterungen mitzuarbeiten. Sobald als irgend möglich, sollte Versammlungs- und Preßfreiheit Platz greifen. Das Zeitungsverbot sollte eng begrenzt werden. Die Regierung wird nur gut tun, wenn sie jedem Freiheit läßt, wie er politisch selig werden will. Daß Zensur und Belagerungszustand als Uebel empfunden werden, ist unzweifelhaft; deshalb müssen sie nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

Vizepräsident Paasche schlägt Vertagung vor, da der nächste Redner in Aussicht gestellt habe, 2 Stunden zu sprechen, um 6 Uhr sei aber eine politische Besprechung beider Vizepräsidenten beim Reichskanzler. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, erfolgt Auszählung durch Hammelsprung. Dabei ergibt sich, daß das Haus beschlußunfähig ist.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Wahl des Präsidenten.

Kleine politische Meldungen.

König Friedrich August empfing gestern in der Villa zu Wachwitz den Besuch des Fürsten von Albanien.

Der Friedensvertrag mit Rumänien wurde in der Dienstag-Sitzung des Bundesrats angenommen. Er ist bereits dem Reichstags zugegangen.

Neuer Reichskommissar für Kurland und Litauen. Zum Reichskommissar für Kurland und Litauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors z. D. Dr. Graf von Keyserlingk der Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost, Unterstaatssekretär Frhr. von Falkenhausen ernannt worden.

Reise Skoropadskis nach Wien und Berlin. Wie das ukrainische Pressebureau erfährt, wird der Hetman Skoropadski demnächst zum Besuche der Monarchen und Regierungen der verbündeten Mächte nach Berlin und Wien reisen.

Die rumänischen Senatswahlen ergaben, wie man erwarten konnte, einen allgemeinen Sieg der Regierungspartei. Zu wählen waren 110 Senatoren; die Konservativen erhielten allein 106 Mandate. Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Am 4. Juni begannen die Kammerwahlen, wobei Peter Carp und seine Anhänger als Opposition auftraten. Die rumänische Regierung ordnete an, daß die von der früheren Regierung eingesetzten Zwangsverwalter über das Vermögen von Ausländern, die noch nicht ordnungsmäßig Rechenschaft über ihre Verwaltung ablegten, in Anklagezustand versetzt werden.

Bombenanschläge im Hafen Dünkirchen. Die „Kölnische Volkszeitung" erfährt aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß vor kurzer Zeit zwei große, im Hafen von Dünkirchen befindliche Dampfer der Agence Maritime du Nord durch Explosionen im Maschinenraum völlig vernichtet wurden. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Weise mehr oder minder beschädigt. Die durch den Präfekten von Dünkirchen eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelt, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden. Trotz eifrigster Bemühungen der französischen Behörden, die Tat wieder einmal als deutsche Mache hinzustellen, ist bekanntgeworden, daß man es mit einem Sabotageakt der eigenen Mannschaften zu tun habe, deren Proteste gegen die ungemein schlechte Verpflegung stets ohne Erfolg geblieben waren. Infolge Verabreichung verdorbener Nahrungsmittel sind nämlich in letzter Zeit viele ernste Erkrankungen unter Vergiftungserscheinungen vorgekommen.

Amerikas Getreidelieferungen an Holland. Ueber die Entsendung von Schiffen, um Getreide aus Amerika zu holen, hat der holländische Minister des Aeußeren erklärt: Die alliierten Regierungen haben sich bereit erklärt, 8 in überseeischen Häfen liegende Getreideschiffe unbehindert nach Holland ausfahren zu lassen. Die holländische Regierung hat auch von der deutschen Regierung Sicherheiten erhalten, daß die Schiffe sicher durch die freie Fahrrinne fahren dürfen und vor U-Bootangriffen bewahrt bleiben werden.

Die Nahrungsnöte Italiens. Der italienische Nahrungsmittelminister Crespi fordert zu strenger Disziplin des Verbrauches auf und tritt gegen die Illusionen bezüglich der kommenden Ernte auf, deren Ertrag heute noch nicht als gesichert gelten dürfe und die trotz der größten Anstrengungen der Landbevölkerung wegen Mangels an Arbeitskräften und Düngemitteln gelitten habe. Die Regierung werde namentlich zur Deckung des gesteigerten Heeresbedarfes an Getreide noch während des Juli und August große Posten einführen müssen. Die Bevölkerung solle deshalb willig die nötigen Rationierungsmaßnahmen weiterhin ertragen.

Von Stadt und Land.

Aue, 6. Juni.

Kriegsauszeichnung. Dem Pionier Kurt Uhlig, Sohn des Expedienten R. Uhlig, Schwarzenbergerstr. 63, wurde das Eiserne Kreuz II. Kl. verliehen.

Die Sächsische Verlustliste Nr. 512 ist erschienen und liegt in unserer Geschäftsstelle zur Ansicht aus.

Lebensmittel am Freitag: Graupen, Gries, Hafernährmittel.

Mitteilung aus den letzten Ratssitzungen zu Aue. 1. Auf Ersuchen des Landesverbandes für Kriegspatenschaft, Sitz Dresden, ist die Genehmigung zur Aufnahme seiner Werbearbeit in Aue erteilt worden. — 2. Eine beim Stadtrat eingegangene Petition um Fortführung des 11 Uhr 8 Min. vormittags aus Annaberg in Aue eintreffenden Zuges bis Werdau, soll unterstützt werden, weil durch die Weiterführung dieses Zuges sehr wichtige Anschlüsse sowohl nach Süden und Südwesten (Bayern, Böhmen) wie nach Nordwesten (Leipzig) gewonnen werden, deren Mangel gegenwärtig sehr unangenehm empfunden wird. — 3. Die öffentlichen Gebäude, von denen die Blitzableitungskupferleitungen entfernt sind, sollen unter tunlichster Beschleunigung wieder mit Ableitungen versehen werden. — 4. Dem Naturheilverein Priesnitz werden 10000 Meter Gelände von dem Holzschlag hinter dem Schlachthofe für Anlegung von Beerenpflanzungen verpachtet, und zwar zunächst fest auf 10 Jahre.

Es wurde ferner beschlossen, der hiesigen, neu gegründeten Obst- und Gemüse-Einkaufsgesellschaft m. b. H. mit 2000 Mark Beteiligung beizutreten. 6. Dem Vorschlage der Stadtverordneten, den Stadtrat zu ermächtigen, während der Kriegszeit über Ausgaben bis zu 200 Mark ohne Mitentschließung der Stadtverordneten zu verfügen (unter Ausschluß persönlicher Ausgaben, für die es bei der bisherigen Grenze von 50 Mark bewendet) tritt der Stadtrat bei. 7. Entsprechend einem Vorschlage des Ernährungsausschusses werden neuverheirateten Eheleuten 25 Pfd. Kartoffeln als Sonderzuweisung gewährt. Soweit tunlich, sollen noch weitere Zuweisungen erstrebt werden. 8. Es wurde endlich beschlossen, für die regelmäßig in der Stadt fahrenden Lastkraftwagen eine in die Augen fallende Kennzeichnung zu veranlassen. Ueberdies ist der Schutzmannschaft, die für diesen Zweck mit Stoppuhren ausgerüstet ist, Anweisung erteilt worden, dem, der über die zugelassene Geschwindigkeit von 8 Kilometer hinausgeht, mit aller Energie entgegen zu treten.

Zur Möbelausstellung des Frauendank. Für die vom hiesigen Frauendank veranstaltete Ausstellung von Möbeln für Kriegsgetraute, die, wie schon mitgeteilt, am 15. Juni in den unteren Räumen des Kaffee Rath eröffnet wird, hat Frau Bürgermeister Hofmann-Aue ein Plakat entworfen und lithographiert, das jetzt zum Aushang gelangt. Das Plakat zeigt in stilvoller Zeichnung die behagliche Ecke eines Wohnzimmers, in welchem der Kaffeetisch gedeckt ist. Frau Bürgermeister Hofmann hat Entwurf und Lithographie des wirkungsvollen Plakates dem Frauendank völlig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Achtung Handwerker! Wir verweisen auf die Anzeige des Maleroberm eisters Baumann in der heutigen Nummer unseres Blattes betreffend die Anmeldung für den Bezug von Rohstoffen und empfehlen diese der Beachtung.

Neufestsetzung der Brotration. Infolge der vom Kriegsernährungsamt angeordneten Kürzung der Tagesmehlmenge um 40 Gramm macht sich auch in Sachsen vom 16. Juni ab eine Herabsetzung der Brotration notwendig. Durch Heranziehung aller im Lande noch